

N i e d e r s c h r i f t der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 06.09.2005

öffentlich

Ort: Berufsbildende Schule V, Klosterstraße 9, 06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Hendrik Lange	Die
	Linkspartei. PDS
Frau Elisabeth Nagel	Die
	Linkspartei. PDS
Herr Erhard Preuk	Die
	Linkspartei. PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Maike Fischer	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Helga Koehn	SKE
Frau Petra Meißner	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr René Trömel	SKE
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Klaus Münch	SKE

Es fehlten:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	Vertretung Frau Hanna Haupt
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Pit Jäckel	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.08.2005
4. Schulnetzplanung berufsbildender Schulen auf Landes- und kommunaler Ebene
Berichtersteller: Landesverwaltungsamt, Abt. Schulen - angefragt -
5. Abschlussinformation über den Stand der Überprüfung "Schüler-Card"
(Antrag des Stadtrates Herrn Uwe Heft, PDS, zur Einführung einer SchülerMobilCard im Stadtgebiet Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: IV /2004/04303 (bitte Unterlagen mitbringen)
6. Übernahme Sportgymnasium aus der Landesträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007
Vorlage: IV/2005/05085
7. Namensgebung des Gymnasiums Christian-Wolff/Gymnasium im Bildungszentrum in das Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05099
8. Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2005 und Haushaltskonsolidierung
9. Anträge
10. Anfragen, Anregungen
11. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und Gäste durch Frau Dr. Bergner.
Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Beantragung: Streichung des Punkt 5 – Abschlussinformation „Schüler-Card“ durch Herrn Lang

Der Punkt 5 wird von der Tagesordnung gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung: 8 x Ja-Stimmen

- einstimmig -

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 02.08.2005**

Wortprotokoll:

Genehmigung der Niederschrift vom 02.08.2005 erfolgte.

zu 4 **Schulnetzplanung berufsbildender Schulen auf Landes- und kommunaler Ebene** **Berichterstatter: Landesverwaltungsamt, Abt. Schulen - angefragt -**

Wortprotokoll:

Einleitung erfolgte durch Herrn Hildebrand anhand einer Folie, welche als Anlage beigefügt wird. Weiterhin verweist er auf das vorliegende Material zu Berufsbildenden Schulen.

Herr Schich, Referatsleiter Berufsbildende Schulen im Landesverwaltungsamt stellt sich vor. Er gibt bekannt, dass im Herbst diesen Jahres ein Papier bezüglich Schulnetzplanung berufsbildender Schulen vorgestellt wird. Dieses Papier wurde von der Stabstelle des Kultusministeriums und dem beratenden Beirat, bestehend u. a. aus Vertretern der Kommune, Schulleitern, Kammern, Landesverwaltungsamt erarbeitet.

Frau Wolff fragt an, ob nur „Privatschulen“ Gastschulbeiträge zahlen oder alle Schulformen. Ist bei Berufsbildenden Schulen keine Schulgebühr, ähnlich wie im Hochschulbereich möglich?

Herr Schich erklärt, dass alle Schulträger Gastschulbeiträge für alle Schulformen zahlen. Er erläutert weiter, dass die Berufsbildenden Schulen aus der dualen Ausbildung und der Vollzeitausbildung bestehen. Die Schüler der dualen Ausbildung legen nach Abschluss der Ausbildung eine Prüfung vor der jeweiligen Kammer ab. Eine Schulgebühr wäre hier nicht möglich.

Frau Nagel bittet um Einschätzung der Landesfachklassen.

Herr Schich weist darauf hin, dass bereits eine Steuerung der Landesfachklassen in Richtung Schulnetzplanung vorgenommen wird, aber eine Konkretisierung noch erfolgen muss. Dazu erfolgt bereits eine Beratung mit dem Wirtschaftsministerium.

Frau Dr. Haerting bittet um Auskunft, nach welchen Kriterien Landesfachklassen installiert bzw. genehmigt werden.

Herr Schich erteilt die Auskunft, dass vorrangig nach Schülerzahlen, Traditionen, Lehrerstand und Meinung der Betriebe Landesfachklassen an bestimmten Standorten installiert werden. Dies ist ein vielschichtiges, politisches Problem, was aber nicht ausschließlich auf genannte Kriterien zurückzuführen ist.

Frau Dr. Bergner fragt an, weshalb die Kammern keine Voten abgeben und ob die Kommune zu kommunalen Einrichtung befragt wird.

Herr Schich führt anhand eines Beispiels aus:

- momentan drei Kriterien für eine Landesfachklasse
 - Es werden alle betreffenden Schulleiter befragt, alle können aufnehmen.
 - Es werden alle betreffenden Landkreis/Städte befragt, alle können aufnehmen.
 - Es werden alle betreffenden Kammern befragt, diese geben Voten aufgrund der vorhandenen Erfahrungen bei Ausbildungsqualität u. a. ab.

Herr Schich bemerkt, dass die Anträge zu Landesfachklassen von Schulträger erfolgen. Das Landesverwaltungsamt berät dabei die Schulträger. Ein Diskussionspielraum für die Kommune ist vorhanden.

Frau Meißner fragt, ob Vertreter der Kommune im Beirat sind.

Herr Schich gibt an, dass Vertreter des Städte- und Gemeindebundes (Kommune) und Schulleiter im Beirat vertreten sind. Weiterhin weist er darauf hin, dass der Beirat nur beratend ist.

Frau Dr. Bergner bedankt sich bei Herrn Schich für den ausführlichen Vortrag.

Herr Dr. Pannwitz stellt die Berufsbildenden Schulen V (BbS V) anhand der ausgereichten Unterlagen vor.

Anfragen zu den Ausführungen:

Frau Nagel: Wie viel benachteiligte Auszubildende werden an der BbS V unterrichtet.

Herr Dr. Pannwitz: ca. 200 Schüler

Herr Röhr ergänzt, dass Schüler der 9. Kl. Und Schüler ohne Abschluss das BVJ besuchen müssen.

Frau Dr. Bergner: Wie viele Standorte hat die BbS V?

Herr Dr. Pannwitz: Rainstraße 19
Klosterstraße 9
Haflinger Straße 6,13

Es erfolgt ein Rundgang durch das Gebäude der Berufsbildenden Schulen V, Klosterstraße.

zu 5 Abschlussinformation über den Stand der Überprüfung "Schüler-Card"
(Antrag des Stadtrates Herrn Uwe Heft, PDS, zur Einführung einer SchülerMobilCard im Stadtgebiet Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: IV /2004/04303 (bitte Unterlagen mitbringen)

Wortprotokoll:

Punkt wurde gestrichen.

**zu 6 Übernahme Sportgymnasium aus der Landesträgerschaft in die
Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007
Vorlage: IV/2005/05085**

Wortprotokoll:

Einleitung erfolgt durch **Herrn Dr. Marquardt**. Er gibt allgemeine Informationen zur Vorlage und weist nochmals darauf hin, dass dieser Beschluss Einfluss auf die gymnasiale Situation im Süden der Stadt Halle (Saale) haben kann.

Herr Hildebrand gibt bekannt, dass die Zustimmung des Stadtrates sowie die Unterschrift des Vertrages zur Übernahme Sportgymnasium der Stadt Magdeburg bereits im Juli 2005 erfolgte.

Frau Wolff gibt zu bedenken, dass die Stadt Halle (Saale) momentan keine bestätigten Haushalt hat, die Stadt Magdeburg hat dagegen eine bestätigten Haushalt. Sie stellt fest, dass die Einnahmen und Ausgaben 2008 in der Vorlage nicht übereinstimmen. Sie fragt dazu an, ob das Landesverwaltungsamt dem (theoretisch) zu stimmen würde?

Herr Dr. Marquardt bemerkt, dass die Kriterien zur Beurteilung fraglich sind.

Frau Wolff: Was bedeutet das?

Herr Dr. Marquardt: Der Zeitplan befindet sich in der Vorlage. Das Landesverwaltungsamt benötigt ca. 4 Wochen Bearbeitungszeit.

Herr Hildebrand gibt bekannt, dass heute vom Landesverwaltungsamt die Stellungnahme zum Haushalt eingegangen ist. Darin heißt es, dass die Übernahme des Sportgymnasiums nicht untersagt wird.

Frau Wolff bittet um Erläuterung der Betriebskosten.

Herr Hildebrand weist darauf hin, dass es eine Einmalzahlung von 155.000 Euro Betriebskostenzuschuss vom Land geben wird. Weitere Kosten sind von der Stadt zu tragen.

Frau Dr. Haerting fragt folgendes an:

1. Welche Folgekosten werden erwartet?
2. Wie erfolgt die Internatsunterbringung nach Umzug der Sportsekundarschule?
3. Werden Trainingsstätten im Zuge des Umzugs Sportsekundarschule verlegt?

Herr Hildebrand antwortet:

- zu 1. ab 2008 ist mit einer städtischen Mehrbelastung von 168.800 € zu rechnen. Die Einnahmen für Gastschulbeiträge und Ausgaben für die Schülerbeförderung hängen von der Schülerstruktur ab.
- zu 2. Die Internatsunterbringung erfolgt wie bisher, getrennt nach Sportarten und Nähe der Trainings-/ Sportstätten, Kröllwitz: vorwiegend Leichtathletik, R.-Koch-Str.: vorwiegend Turnen, Schwimmen.
- zu 3. Trainingsstätten werden nicht verlegt, da die Schüler jetzt bereits zwischen Internat, Schule und Trainingsstätten pendeln.

Frau Dr. Bergner fragt an, ob die Aufgabe des Objektes in Kröllwitz als Einsparung berücksichtigt wurde.

Herr Hildebrand bemerkt, dass die Abgabe des Schulobjektes in Kröllwitz an das Land als Einsparung berücksichtigt wurde. Die Einsparungen bezüglich der Betriebskosten sind berücksichtigt.

Herr Dr. Fikentscher bittet um Erläuterung des Begriffs „sportlich interessierte oder sportlich geneigte Schüler“.

Herr Hildebrand führt aus, dass die Schüler sind, welche eine Sportart betreiben, welche nicht zum Bundesstützpunkt zählt, die Schüler aber das Gymnasium oder Sekundarschule besuchen möchten. Z. B. Kanu, Basketball usw.

Frau Dr. Bergner fragt an, ob sich der Einzugsbereich der Sekundarschule Am Fliederweg/Sportsekundarschule verändern wird.

Herr Hildebrand erläutert, dass es eine „normale“ Sekundarschule sein wird, in welcher auch Sportgeneigte Schüler unterrichtet werden. Der Einzugsbereich für Sekundarschüler ohne Sportneigung wird nicht geändert.

Herr Lange stellt fest, dass voraussichtlich auch die Anzahl der Schüler aus dem Umland von Halle, welche das Sportgymnasium anwählen werden, vergrößern wird.

Herr Trömel fragt, ob es vom Land Aussagen bezüglich Genehmigung Südstadt-Gymnasium gibt und er sieht ein räumliches Problem in der Sekundarschule Am Fliederweg, wenn sie mit der Sportsekundarschule fusioniert.

Herr Hildebrand führt aus, dass das Land eine gewisse Schonfrist zur Genehmigung des Südstadt-Gymnasiums ausgesprochen hat. Nach ca. 2 Jahren Unterfrequentierung besteht Handlungspflicht.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die Sekundarschule Am Fliederweg auch nach der Fusion mit der Sportsekundarschule räumlich ausreichen wird. Die Sportschüler werden teilweise in Trainingsgruppen mit Schülern des Sportgymnasiums im Sportgymnasium unterrichtet.

Frau Dr. Haerting stellt fest, dass es bezüglich der Übernahme Sportgymnasium keine Chance zur Abwägung der Vor- und Nachteile für den Bildungsausschuss gab. Sie sieht eine große Gefahr für das Südstadt-Gymnasium und befürchtet, dass die Leidtragenden die Sekundarschüler sein werden.

Beschluss:

7- Ja-Stimmen
1- Nein-Stimme
0- Enthaltung

- mehrheitlich zugestimmt -

**zu 7 Namensgebung des Gymnasiums Christian-Wolff/Gymnasium im Bildungszentrum in das Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05099**

Beschluss:

- 8- Ja-Stimmen
- 0- Nein-Stimmen
- 0- Enthaltung
- einstimmig angenommen

zu 8 Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2005 und Haushaltskonsolidierung

Wortprotokoll:

Herr Dr. Marquardt weist nochmals darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) keinen bestätigten Haushalt hat. Es müssen weitere Konsolidierungsmaßnahmen folgen. Es sind im Bereich Fachbereich 40, Schulen zwei Maßnahmen angedacht. Die Einsparung durch die Schulentwicklungsplanung und die Privatisierung der Parkeisenbahn.

Frau Wolff fragt:

1. Sind die in der Vorlage Schulentwicklungsplanung angegebenen Einsparungen durch Mietkosten tatsächliche Einsparungen oder sind das nur Einsparungen für den Fachbereich 40 ?
2. Wie wird bei der Schülerbeförderung gespart?
3. Wie setzt sich die Summe Umzug/Entsorgung zusammen?

Herr Hildebrand antwortet:

1. Von den Mietkosten werden Teile an EB ZGM abgerechnet. Die Betriebskosten sind tatsächliche Einsparungen, da die Schülerzahlen sinken.
2. Bei der Schülerbeförderung wird durch sinkende Schülerzahlen gespart.
3. Herr Hildebrand weist darauf hin, dass eine Vielzahl von Umzügen bereits gelaufen sind.

Frau Wolff fragt nach, ob eine Aufschlüsselung der Umzugs-/ Entsorgungs- und Schülerbeförderungskosten möglich ist.

Herr Lange meint, sinkende Schülerzahlen führen nicht zu Einsparungen bei den Schülerbeförderungskosten. Er bittet ebenfalls um eine Aufschlüsselung der Kosten. Er unterbreitet einen Vorschlag zur Einsparung von Schülerbeförderungskosten. Alle Schulen könnten zeitversetzt mit dem Unterricht beginnen, somit könnten die Busse effektiver eingesetzt werden.

Herr Hildebrand erklärt, dass dieser Vorschlag bereits geprüft wurde und mit einer großen Anzahl von Schulen nicht umzusetzen ist. Dabei zu bedenken sind besonders die Ganztagschulen, die dann auch ihren Unterricht später beginnen müssten. Er weist nochmals darauf hin, dass sich Schülerbeförderungskosten auf den Einzelfall beziehen. Eine Liste – Aufschlüsselung der Schülerbeförderungskosten – wird als Anlage beigefügt.

Herr Trömel bemerkt, dass die Einsparung der Schülerbeförderungskosten illusorisch ist. In der Planung wird weniger Geld dafür angesetzt, damit ist es keine reale Konsolidierung.

Herr Lange bittet darum, bekannt zu geben, welche weiteren Fusionen/Umzüge die Vorlage zur Schulentwicklungsplanung enthält.

Herr Hildebrand: GS Kanena/Reideburg – Umzug in das Gebäude der SK
Reideburg, P.-Singer-Str.
GS Büschdorf - Umzug in das Gebäude der SK
Reideburg, P.-Singer-Str., Fusion mit GS
Kanena/Reideburg

Fusion GS Am Rosengarten mit GS Auenschule am Standort Ottostr.

Fusion Südstadt-Gymnasium mit dem Friedengymnasium

Frau Wolff bittet nochmals um eine Aufschlüsselung der Einsparungskosten.

Herr Hildebrand: Die Mitglieder des Bildungsausschusses erhalten entsprechende Kopien.

Herr Hildebrand weist auf folgendes hin. Nach Eingang des Bewilligungsbescheides für das Cantor-Gymnasium kann frühestens aufgrund des nicht bestätigten Haushaltes im Januar 2006 die VE erfolgen. Somit verschiebt sich der gesamt Zeitplan.

Beschluss:

- 3- Ja-Stimmen
- 0- Nein-Stimmen
- 5- Enthaltung

- einstimmig angenommen -

zu 9 Anträge

Wortprotokoll:

zu 10 Anfragen, Anregungen

Wortprotokoll:

zu 11 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Herr Hildebrand teilt mit, dass die Vorlage zur Schulentwicklungsplanung in der Beigeordnetenkonferenz angenommen wurde und in den nächsten Tagen an die Mitglieder des Bildungsausschusses weitergeleitet wird. Die Termin zu den entsprechenden Elternanhörungen werden ebenfalls nochmals mitgeteilt. Er weist darauf hin, dass in den Anhörungen keine Diskussionen angestrebt werden.

Er bittet um einen Termin für eine Klausurtagung bezüglich der Schulentwicklungsplanung.

**Termin: Freitag, 28.10.2005,
15:00 Uhr bis ca. 18:00 Uhr,
Fachbereich Schule, Sport und Bäder, Kaulenberg 4, Beratungsraum**

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

A. Farkasch
Protokollführerin

Dr. A. Bergner
Ausschussvorsitzende